



# beamtinnen + beamte

aktiv\_fortschrittlich\_kompetent\_

\*\*\*\*\*

ver.di - elektronischer Brief mit Informationen für Beamtinnen und Beamte

Nr.: 05/15

\*\*\*\*\*

Die TOP-Themen:

1. Dienstrecht neugestalten – im Interesse des öffentlichen Dienstes und für Beamtinnen und Beamte
2. Nach ver.di-internen Wahlen - gewerkschaftliche Interessenvertretung neu aufgestellt
3. Demografiekongress - Neue Arbeitszeiten, erweiterter Gesundheitsschutz, bessere Aufstiegschancen
4. Großreform oder begrenzte Neuregelungen - Dienstrecht in Nordrhein-Westfalen?
5. Öffentliche Dienste in Europa - Dialog mit polnischen und österreichischen Kolleginnen und Kollegen
6. Flüchtlingsbewegung erfordert mehr Personal
7. Neue Altersteilzeitregelungen für Beamtinnen und Beamte bei der Post und Telekom - Arbeitszeitguthaben ermöglicht frühere Pensionierung
8. Impressum
9. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

1. Dienstrecht neugestalten – im Interesse des öffentlichen Dienstes und für Beamtinnen und Beamte

Der ver.di-Bundeskongress hat am 26. September 2015 Leitlinien für eine Neugestaltung des Dienstrechtes beschlossen und darin wesentliche Ziele beschrieben.

ver.di setzt sich für ein Dienstrecht ein, das Grundlage für verlässliche und rechtlich einwandfreie Dienstleistungen ist. Zugleich muss es darum gehen, die Arbeitsbedingungen für den Beamtenbereich zu verbessern.

[Die Leitlinien sind hier erhältlich.](#)

\*\*\*\*\*

2. Nach ver.di-internen Wahlen - gewerkschaftliche Interessenvertretung neu aufgestellt

\*\*\*\*\*

Die organisationspolitischen Wahlen in ver.di haben zwei Schlüsselfunktionen zu erfüllen: Zum einen betrachtet und erlebt die Gruppe der Beamtinnen und Beamten die alle 4 Jahre stattfindende Bundeskonferenz als eine Art Identitätsfindung und Selbstvergewisserung Ihrer beruflichen Interessenlagen und statuspolitischen Ambitionen. Zum anderen sorgen die Wahlvorgänge für bekannte und neue Repräsentanten der Beamtinnen und Beamten. Die Delegierten der Organisationskonferenz Ende April 2015 übertrugen Ina Menzel den Vorsitz und Eva Strohmeyer, Gunnar Appelt, Andreas Spieker und Thomas Köhler die Vorstandsverantwortung im Bundesausschuss für Beamtinnen und Beamte. Ina Menzel erhielt vom „Souverän“ auch ein Vertrauensvotum für die Fortsetzung ihrer Vertretung der Beamtenanliegen im ver.di-Gewerkschaftsrat. Matthias Schrade und Katrin Teich wurden zu beratenden Mitgliedern der „Bundestarifkommission öffentlicher Dienst“

gewählt. Dem Bundesbeamtensekretär, Klaus Weber, sprachen die Delegierten für weitere 4 Jahre in dieser Funktion das Vertrauen aus.

Im Rahmen des ver.di-Bundeskongresses erfolgte die Wahl von Wolfgang Pieper in den Bundesvorstand, zuständig für das Ressort 12.

\*\*\*\*\*

### 3. Demografiekongress - Neue Arbeitszeiten, erweiterter Gesundheitsschutz, bessere Aufstiegschancen

\*\*\*\*\*

Im Berliner Palais am Funkturm fand am 22.09.15 der Strategiekongress Demografie "Wohlstand für alle Generationen?" der Bundesregierung statt.

Insgesamt 500 Teilnehmer, darunter Bundesminister, Parlamentarische Staatssekretäre und Bundestagabgeordnete, Spitzenvertreter der Sozialverbände, Wissenschaftler und Bürger, waren der Einladung von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière gefolgt und diskutierten auf dem Podium oder im Rahmen von Workshops gemeinsam über die Chancen der Gestaltung des demografischen Wandels sowie konkrete Maßnahmen.

In seiner Eröffnungsrede ging der Minister zunächst ausführlich auf das Thema Zuwanderung ein und griff damit die in der Presseöffentlichkeit häufig kontrovers diskutierte Wechselwirkungen der dramatisch angestiegenen Flüchtlingszahlen für die demografische Entwicklung in unserem Land auf.

"Wir brauchen Zuwanderung in unserem Land. Die Menschen, die zu uns kommen und auf Dauer hier bleiben, sollen auch ein Teil unseres Landes werden - bis hin zur Staatsbürgerschaft", betonte de Maizière. "Wir können und sollten unsere Demografiepolitik [allerdings] nicht auf den Zuzug von Flüchtlingen oder politisch verfolgten Menschen aufbauen - das würde an dem Kern der Aufgaben, die wir jetzt und in nächster Zeit zu bewältigen haben, vorbeigehen", schränkte der Minister ein und fand damit klare Worte gegenüber jenen, die die derzeitigen Migrationsströme als neuen Teil der Lösung von Deutschlands demografischen Problemen betrachten.

Eingedenk der zu niedrigen Geburtenrate in Deutschland warb de Maizière in seiner Rede dafür, neben der Auseinandersetzung mit wichtigen Themen wie der Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder oder einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch eine gesellschaftliche Debatte über die "Einstellung der Elternschaft in unserem Land" zu führen.

In einer sich anschließenden Gesprächsrunde mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Günter Krings zur Demografieproblematik betonte Klaus Weber für ver.di die zentrale Bedeutung von Bildung bei den anstehenden Anpassungsprozessen bei Generation- und Integrationsfragen. Bei solch gravierenden Veränderungen seien - jenseits passgenauer Bildungsgänge - Lern- und Anstrengungsbereitschaft der Generalschlüssel für deren individuelle und kollektive Bewältigung.

Für ihn muss aber auch die Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst durch flankierende Maßnahmen wie Lebensarbeitszeitkonten, mobiles Arbeiten und einer Reduzierung von Belastungen sichergestellt werden. „Eine zukunftsweisende und verantwortliche Personalpolitik des öffentlichen Dienstes orientiert sich an den Wünschen und Fähigkeiten seiner Beschäftigten“, unterstrich Weber.

\*\*\*\*\*

### 4. Großreform oder begrenzte Neuregelungen - Dienstrecht in Nordrhein-Westfalen?

\*\*\*\*\*

Es tut sich was im bevölkerungsreichsten Bundesland: Umstellung der Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen - Einführung Familienpflegezeit - abschlagsfreie Versorgung mit 65 nach 45 Dienstjahren - Reduzierung der Laufbahnen - Neuregelung des horizontalen und vertikalen Laufbahnwechsels - Erleichterung des Wechsels in die und aus der Privatwirtschaft.

Ziel der Reform ist es, die Beschäftigungsbedingungen des öffentlichen Dienstes an die sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit zu

gewährleisten. Ein durchaus positives Vorhaben, wenn da nicht das Diktat der Sparsamkeit und der Kostenneutralität über dem gesamten Vorhaben liegen würde. Verdi sieht darin eine Behinderung der Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sei daher aus dem großen Reformvorhaben eher ein Reförmchen geworden.

Dies zeige sich auch bei der Integration der jährlichen Sonderzahlungen in die monatlichen Bezüge. Damit setze die Landesregierung zwar eine lang gehegte Forderung ver.di um, allerdings geschehe dies ausgabenneutral.

Thomas Köhler, Vorstandmitglied im verdi-Bundesbeamtenausschuss und Personalratsvorsitzender der Stadt Hagen, fordert darüber hinaus von der Landeregierung die Beteiligung der Beamtinnen und Beamten an der Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung.

"Wenn das Land Nordrhein-Westfalen jetzt die Reform des Dienstrechtes angeht, wird sich ver.di erneut als Mitmachgewerkschaft präsentieren. Für uns steht fest: Die Beamtinnen und Beamten in den Landes- und Kommunalverwaltungen wissen am besten, wo in Bezug auf Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht der Schuh drückt und die Weichen hin zu einem zeitgemäßen Beamtenrecht zu stellen sind! Unsere bezirklichen Beamtenausschüsse sind nah an den Mitgliedern und bieten die Gelegenheit zur Teilnahme am Veränderungsprozess. Dort werden demnächst die Reformvorschläge diskutiert und bewertet werden. ver.di steht für einen modernen, leistungsstarken öffentlichen Dienst mit engagierten und kompetenten MitarbeiterInnen. Wir laden alle Beamtinnen und Beamten ein, sich einzubringen. Mitglied werden – mitreden ist angesagt!"

\*\*\*\*\*  
5. Öffentliche Dienste in Europa - Dialog mit polnischen und österreichischen Kolleginnen und Kollegen  
\*\*\*\*\*

Grenzüberschreitende Gewerkschaftskontakte sollten in Anbetracht des EU-Binnenmarktes und multinational agierender Unternehmen alltäglich sein, sind es aber nur punktuell! Unterschiede in der Arbeitnehmervertretung wie in der gewerkschaftlichen Organisationform charakterisieren nach wie vor dieses europäische Handlungsfeld und lassen die potenziellen Akteure bei objektiv sinnvollen, gar notwendigen Kontakten eher „fremdeln“ als interkulturell Boden gut zu machen.

Der verdi-Bereich Beamtinnen und Beamte bemüht sich - diesen Einsichten folgend - tragfähige, konkrete und dauerhafte Kontakte mit Öffentliche Dienst Gewerkschaften in Österreich und Polen zu etablieren. Und das mit sichtbarem Erfolg : Vom 14. - 16.10.2015 setzte der Vorstand des Bundesausschusses für Beamtinnen und Beamte die Reihe von „Keinkonferenzen“ mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖG) und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe (GdG-KMSfB) fort, die wahlweise in Wien und Berlin stattfanden. Gedacht und konzipierte als gegenseitiger Informations- und Lernprozess, dabei die Erfahrungen und Erfolgsrezepte der anderen Seite fest im Blick, stand dieses Mal folgendes Themenspektrum im Focus:

1. Demografischer Wandel und seine Bewältigung im öffentlichen Dienst beider Länder
2. Vermeidung wachsender Einkommensdivergenzen in den Staatsdiensten der Bundesländer
3. Personalpolitik zur Sicherung der Attraktivität öffentliche Beschäftigung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft
4. Realisierung arbeitsentlastender Maßnahmen für verbeamtete und öffentliche Angestellte
5. Umsetzung der EuGH-Entscheidung zur Regelung der Vordienstzeitenanrechnung im ÖD

Alle beteiligten Gewerkschaften sprachen sich für eine Weiterführung des Dialogs aus.

Über die Resultate eines anstehenden und vergleichbaren Treffens mit der polnischen öffentliche Dienst Gewerkschaft „Forum ZZ“ berichtet der nächste Newsletter.

\*\*\*\*\*

## 6. Flüchtlingsbewegung erfordert mehr Personal

\*\*\*\*\*

Angesichts des hohen Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) deutlich mehr Personal für Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. Um schnell Beschäftigte für die Arbeit mit Geflüchteten gewinnen zu können, sei es dabei erforderlich, finanzielle Anreize zu setzen und Mehrbelastungen für die Beschäftigten zu honorieren. „Um der Entwicklung Rechnung tragen zu können, benötigen wir sowohl beamtenrechtliche als auch tarifvertragliche Regelungen“, sagte Klaus Weber, ver.di-Bereichsleiter Bund/Länder. Hierzu gehörten unter anderem allgemeine Zulagen, die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, die Änderung des Trennungsgeldrechts für flüchtlingsbedingte Abordnungen, der Wegfall der Beförderungseinschränkungen, eine Mobilitätszulage sowie die Honorierung der Berufung über die Regelaltersgrenze hinaus.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei gefordert, mit mehr Transparenz und zentraler Steuerung die Voraussetzung zur administrativen Bewältigung des Flüchtlingsstroms zu schaffen. Das Bundesinnenministerium solle das BAMF dabei mit allen erforderlichen Freiheiten ausstatten. In dieser für das Gemeinwesen schwierigen Situation seien pragmatische Lösungen gefragt, damit nicht die durch die 20 Föderalismusreform aufgetretenen Reibungs- und Zeitverluste bei Bund und Ländern zielgerichtetes Handeln verhinderten, betonte Weber.

Weiterhin mache der Flüchtlingsstrom zusätzliche Qualifizierung des der öffentlich Beschäftigten notwendig, insbesondere in Hinblick auf bessere sprachliche, interkulturelle und soziale Kompetenzen. Nur mit Erwerb dieser extrafunktionalen Fähigkeiten, so Weber, versetzt man Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte in die Lage, ihre schwierigen Aufgaben dauerhaft und erfolgreich wahrzunehmen.

Zu einer mitarbeiterzentrierten Personalpolitik zählt für ver.di auch das dauerhafte und qualifizierte Angebot psychologischer Unterstützung bzw. Begleitung. Unzweifelhaft unterlägen die Beschäftigten bei ihrer täglichen Arbeit aufgrund der psychosozialen Ausnahmesituation der Flüchtlinge erheblichen Belastungen, allein wenn man im Rahmen von Abschiebungen an Stressreaktionen der Betroffenen und Selbstzweifel der Verwaltungsentscheider denke.

\*\*\*\*\*

## 7. Neue Altersteilzeitregelungen für Beamtinnen und Beamte bei der Post und Telekom - Arbeitszeitguthaben ermöglicht frühere Pensionierung

\*\*\*\*\*

### *Deutsche Post*

Beamtinnen und Beamte sollen auf Grundlage eines Langzeitkontos Altersteilzeit in Anspruch nehmen können. ver.di führt dazu Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium und der Deutschen Post AG.

### *Deutsche Telekom AG*

Bereits per Rechtsverordnung geregelt, sind Altersteilzeitregelungen bei der Telekom.

Eine Teilzeitbeschäftigung als Altersteilzeit kann danach bewilligt werden, wenn die Beamtin/der Beamte

- bei Beginn der Altersteilzeit das 55. Lebensjahr vollendet haben,
- in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit drei Jahre mindestens teilzeitbeschäftigt waren,
- die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2021 beginnt und sich über die gesamte Zeit bis zum Eintritt in den Ruhestand erstreckt sowie

- betriebliche oder betriebswirtschaftliche Belange nicht entgegenstehen.

Die Altersteilzeit kann auch im Blockmodell bewilligt werden.

Beamtinnen und Beamten, denen Altersteilzeit bewilligt worden ist, erhalten einen nicht ruhegehaltfähigen Zuschlag zur Besoldung (Telekom-Altersteilzeitzuschlag). Dieser beträgt 83 Prozent der bisherigen maßgeblichen Nettobezüge.

Mehr zum Thema unter [www.beamte.verdi.de](http://www.beamte.verdi.de).

\*\*\*\*\*

## 8. Impressum

\*\*\*\*\*

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di, Bundesverwaltung, Ressort 12, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Achim Meerkamp, Mitglied des Bundesvorstandes.

Verantwortlich: Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär, ver.di Bundesverwaltung, Bereich Beamtinnen und Beamte, <mailto:beamtinnen-und-beamte@verdi.de>

Redaktion: Klaus Weber, Mathias Flickschu, Danny Prusseit

Hinweis: Auskünfte zu beamtenrechtlichen Fragen, Rechtsschutz für Mitglieder erteilt ausschließlich die/der zuständige ver.di-Geschäftsstelle/ver.di-Bezirk.

\*\*\*\*\*

## 9. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

Online ist es jederzeit möglich, den Newsletter zu bestellen oder ihn zu kündigen. Einfach <http://www.beamte.verdi.de/newsletter> anklicken oder E-Mail an: [mailto:verdi\\_beamte@mainis.de](mailto:verdi_beamte@mainis.de) senden.